

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 81 (1987)
Heft: 3

Artikel: Zum Hirtenbrief der methodistischen Bischöfe in den USA
Autor: Ordnung, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143324>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Hirtenbrief der methodistischen Bischöfe in den USA

Als der methodistische Theologe Clifford Green aus Hartford (USA) Anfang Februar 1986 auf dem V. Ökumenischen Symposium zu Friedensfragen an der Humboldt-Universität in Berlin über «Konsequenzen aus Bonhoeffers Theologie für das Handeln in einer bedrohten Welt» referierte, stellte er zum erstenmal einer grösseren Öffentlichkeit von Kirche und Gesellschaft der DDR einen Friedenshirtenbrief methodistischer Bischöfe vor, der damals in seinem ersten Entwurf vorlag. Er unterstrich die vier abrüstungspolitischen Forderungen, die im Zentrum dieses Briefes stehen:

1. Umfassendes Atomtestverbot als erster Schritt auf dem Weg zu einem wechselseitigen, überprüfbaren Einfrieren der Produktion und Stationierung nuklearer Waffen.
2. Konsolidierung der bestehenden bilateralen Verträge wie ABM und SALT II.
3. Verbot aller offensiven und defensiven Weltraumwaffen.
4. Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, verbunden mit dem Rückzug nuklearer Gefechtsfeldwaffen.

Drei Wochen nach den Vorschlägen Michail Gorbatschows (vom 15. Januar 1986) für eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahr 2000 kommentierte der amerikanische Theologe diese Aufzählung mit der Bemerkung, ihm schein, dass Gorbatschow den Entwurf des bischöflichen Hirtenbriefes gelesen haben müsse. In der Tat: Das zeichnet die sowjetischen Vorschläge seit 6. August 1985 aus, dass sie alle wichtigen Forderungen der Friedensbewegung, vor allem auch ihres christlichen Teils, aufgenommen haben.

In der Art und Weise, wie Kirchen heute diese Vorschläge unterstützen, zeigt sich, wie ernst sie ihre eigenen Forderungen nehmen.

Inzwischen liegt die endgültige Fassung des Hirtenbriefes unter dem Titel «In Verteidigung der Schöpfung – die nukleare Krise und ein gerechter Frieden»* vor. Sie wurde Anfang Mai 1986 auf der Sitzung des Bischofsrates der Vereinigten Methodistischen Kirche verabschiedet, zu dessen über 100 Mitgliedern übrigens auch 20 Bischöfe gehören, die nicht Bürger der USA sind. Die vier Forderungen sind unverändert geblieben. Auf die sowjetischen Vorschläge könnte sich der folgende Satz beziehen: «Bedauerlicherweise sind kürzlich erfolgte Beschränkungen der Sowjetunion (im Wettrüsten) von seiten der USA nicht positiv beantwortet worden» (S. 77).

Zusammen mit dem Hirtenbrief hat die Vereinigte Methodistische Kirche eine «Anleitung zu Studium und Aktion» herausgebracht. Diese enthält Anregungen zur Diskussion der verschiedenen Aspekte des Grundlagendokumentes. Dabei wird der Lektüre biblischer Texte und der Vergegenwärtigung der methodistischen Friedenstradition besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der methodistische Hirtenbrief stellt sich in die Reihe jener Friedens-Statements der grossen US-Kirchen, die vom «Neuen Ruf zum Friedenstiften» der hi-

* In Defense of Creation, Foundation Document, Nashville 1986, und: In Defense of Creation, Guide for Study and Action, Nashville 1986. Die Zitate sind in der Übersetzung des Verfassers diesen beiden Dokumenten entnommen.

storischen Friedenskirchen über ähnliche Aussagen der Presbyterianer und der Lutheraner bis zum Hirtenbrief der katholischen Bischöfe reichen. An manchen Punkten geht er sowohl theologisch als auch politisch über diese Statements hinaus. Ich halte ihn für beispielhaft, und zwar in dreierlei Hinsicht:

- Er ist ein Beispiel für neues Denken im Atomzeitalter,
- er ist ein Beispiel für prophetisches Reden in der Kirche,
- er ist ein Beispiel für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

I. Ein Beispiel für neues Denken im Atomzeitalter

Ausgangspunkt für den Hirtenbrief ist die «sich vertiefende nukleare Krise, die nicht nur die ganze menschliche Familie, sondern auch unseren Planeten Erde selbst zu zerstören droht, während heute allein schon das Wettrüsten Millionen von Leben durch konventionelle Kriege, unterdrückerische Gewalt und massive Armut auslöscht» (S. 11). Diese historisch neuartige Bedrohung verlangt nach einem neuen Herangehen, nach einem grundlegenden Umdenken in zentralen Fragen des internationalen Lebens. Die Studienanleitung verweist auf Einsteins berühmte Forderung nach einem neuen Denken im Atomzeitalter und beschreibt den Hirtenbrief selbst als «eine Einladung, auf neue Weise zu denken» (S. 4).

In diesem Sinne wenden sich die methodistischen Bischöfe *gegen jedes Streben nach militärischer Überlegenheit und gegen die Strategie der Abschreckung*. Ein halbes Jahr vor dem Gipfeltreffen in Reykjavik stellen sie fest, «dass der Standpunkt der gegenwärtigen Administration, über SDI nicht zu verhandeln, zum Haupthindernis für irgendein neues Abrüstungsabkommen mit der UdSSR geworden ist» (S. 51). Sie treten für ein *Konzept gemeinsamer Sicherheit* ein. «Im Nuklearzeitalter kann es keine einseitige Sicherheit geben. Weil unsere Verwund-

barkeit wechselseitig ist, muss auch unsere Sicherheit wechselseitig sein» (S. 46). Was sie für die neue Situation fordern, ist eine «Ethik der Reziprozität». Eine solche neue Ethik müsse «geprägt sein durch die Akzeptanz wechselseitiger Verwundbarkeit, die Vision einer gemeinsamen Sicherheit und die Eskalation gegenseitigen Vertrauens statt gegenseitiger Bedrohung» (S. 48).

Eine solche Ethik fordert eine möglichst objektive und unvoreingenommene Sicht der anderen Seite. Der Hirtenbrief sieht in den gespannten Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion ein wesentliches Hindernis bei der Verbesserung der Weltsituation. Deshalb ruft er vor allem die Kirchen auf, mit ihren Kräften beizutragen, diese Konfrontation zu überwinden. Sein Ansatzpunkt ist der *Antikommunismus*. «Wir sind zu der Überzeugung gelangt», schreiben die Bischöfe, «dass die zu politischen und ideologischen Zwecken manipulierte Furcht vor der Sowjetunion wahrscheinlich auf seiten der USA das Haupthindernis für konstruktive Abrüstungsverhandlungen ist» (S. 17). Und sie fügen hinzu, dass dieser Antikommunismus die Wirklichkeit der Sowjetunion und ihrer Bürger entstellt und verdunkelt. Sie sind nicht unkritisch gegenüber bestimmten Aspekten dieser Wirklichkeit. Aber sie geben gleichzeitig ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie die USA die Sowjetunion sehen und verstehen sollten: «Die Sowjetbürger scheinen fest vereint in ihrem nationalen Stolz, in dem, was sie im Blick auf Ökonomie und Lebensstandard durch harte und opferreiche Arbeit erreicht haben, in ihren spektakulären Taten bei der Industrialisierung und der Erschliessung des Kosmos und in den eindrucksvollen Errungenschaften ihrer Kunst, Architektur, Musik und Literatur. Sie sind sichtbar zusammengeschlossen in ihrer Leidenschaft für Frieden, einen Frieden, der nicht auf militärischer Unterlegenheit beruhen darf. Diese Auffassung wurzelt in den bitteren

Erinnerungen an Invasionen in der Vergangenheit und in der Neuzeit und an erbarmungslose Kriege, in denen Millionen hingeschlachtet und das Land verwüstet wurden. Nichts in der Erfahrung der Amerikaner kann mit dem Ausmass russischen Leidens verglichen werden» (S. 63).

Wenn der Hirtenbrief im Zeichen des neuen Denkens die Abschreckung ablehnt, so ist er doch realistisch genug, zu «erkennen, dass sie nicht über Nacht eliminiert werden kann» (Studienanleitung, S. 17). Er sagt: «Die Ablehnung atomarer Abschreckung bedeutet nicht notwendig einseitige Abrüstung. Diejenigen, die sich selbst als Nuklearpazifisten verstehen, vertreten nicht eine wirklich verantwortliche Position, wenn sie nur Nein zu Nuklearwaffen sagen. Sie müssen vielmehr teilnehmen an der schwierigen politischen Aufgabe der Ausarbeitung einer Strategie der schrittweisen Rüstungsreduzierung» (S. 48).

Scharf setzen sich die Bischöfe mit einem Phänomen auseinander, das die Entwicklung eines neuen Denkens besonders nachhaltig blockiert: der gezielten *Meinungsmanipulation* mit Hilfe der Massenmedien. Sie benennen auch die Kräfte, in deren Interesse das geschieht: den militärisch-industriellen Komplex, der seine Parteigänger auch in den Bereichen von Wissenschaft, Erziehung, Religion und natürlich der Politik hat. «Wir sind besonders besorgt darüber», heisst es in dem Dokument, «dass dieses Geflecht von Einfluss konstant dahin tendiert, die öffentliche Meinung im Sinne einer aggressiven Aussenpolitik und zusätzlicher Militärausgaben zu prägen. Die in die Multimillionen Dollar gehende Unterstützung des Grosskapitals für jene Denkfabriken, die eine harte Linie vertreten, hat in einem alarmierenden Ausmass zu Tatsachen-Manipulation und offener Unwahrheit in den Massenmedien geführt. Jene, die für Entspannung und Rüstungsreduktion eintreten, seien es Präsidenten oder Kongressabge-

ordnete, Wissenschaftler oder religiöse Führer, werden dagegen häufig unfair und oft böse als naiv oder zu weich gegenüber dem Kommunismus karikiert» (S. 56). An einer anderen Stelle nennt das Dokument eine solche von der Regierungspropaganda verbreitete Lüge: «Die Behauptung, dass die USA in den siebziger Jahren ihr strategisches Waffenarsenal abgebaut hätten, während die Sowjets es aufbauten, ist eine klare Unwahrheit» (S. 66).

Man ist immer wieder beeindruckt von dem politischen Sachverstand, mit dem hier Kirchenmänner reden.

II. Ein Beispiel für prophetisches Reden in der Kirche

Solche Sachkenntnis haben sich die Bischöfe in einem längeren Studien- und Diskussionsprozess angeeignet. Der Plan einer Äusserung der Bischöfe zur Friedensfrage wurde schon Ende 1983 ins Auge gefasst. Ein dafür eingesetzter Ausschuss konsultierte Experten und studierte einschlägige Dokumente anderer Kirchen. Er legte Anfang 1985 eine erste Ausarbeitung vor, die allen Bischöfen mit dem Auftrag zugestellt wurde, in ihrem Sprengel mit Kirchenvertretern und Politikern die aufgeworfenen Probleme zu diskutieren. Im Juli 1985 fand in Washington ein zweitägiges Hearing statt, bei dem 25 Experten in Rüstungsfragen, Regierungsvertreter, Theologen und Repräsentanten von kirchlichen und säkularen Friedensbewegungen befragt wurden. Bis zum November lag dann der erste Entwurf vor, der vom Bischofsrat erörtert und abermals bis zu seiner endgültigen Verabschiedung zu kritischer Stellungnahme freigegeben wurde.

Hinter dem Hirtenbrief steht also ein erstaunlich *breiter Meinungsbildungsprozess*. Aber es wäre weit gefehlt, erwartete man von ihm die Durchschnittsmeinung der etwa 13 Millionen Methodisten in den USA. «Diese Botschaft», so sagen es die Verfasser ausdrücklich, «will nicht die Konsens-Meinung unserer Kir-

che wiedergeben.» Was will sie dann? «Sie ist ein pastorales und prophetisches Wort der Bischöfe an die Kirche. Sie ist pastoral, weil wir als Bischöfe die Kirche in Studium, Gebet und Aktion in dieser Frage zu leiten versuchen. Sie ist prophetisch, weil das Grundlegendokument unsere Antwort auf das Wort Gottes ist. Sie bringt unser Verständnis dieses Wortes für unsere Welt zum jetzigen Zeitpunkt der Geschichte zum Ausdruck» (S. 92f.).

Für jemanden, der gewohnt ist, Verlautbarungen führender Vertreter des deutschen Protestantismus zur Kenntnis zu nehmen, ist dieser Brief eine erregende Lektüre. Es fehlt ihm das Streben nach Ausgewogenheit und diplomatischer Verschlüsselung, das für politische Äusserungen aus dem Raum des deutschen Protestantismus weithin charakteristisch ist. Er ist viel politischer in der Analyse und in den Konsequenzen, die zu ziehen sind. Aber sein Grund und Quellort ist die Schrift, und deshalb kann er frei sein von ängstlicher politischer Rücksichtnahme, die nicht anecken will und deshalb allgemein bleibt.

Hier haben Bischöfe das *prophetische Amt der Gemeinde* wahrgenommen (vgl. 1. Kor. 14). Sie haben versucht, unsere Weltsituation im Lichte des Wortes Gottes zu beurteilen und von daher zu sagen, wofür und wogegen sich Christen heute zu entscheiden haben. Sie haben sich nicht von den politischen Positionen ihrer Informanten abhängig gemacht. Zu diesen Informanten gehörte beispielsweise auch Caspar Weinberger, der dem erwähnten Hearing eine schriftliche Stellungnahme zuleitete, sowie als treues methodistisches Gemeindeglied Brigadegeneral Robert R. Rankine jr., der zur Zeit Spezialassistent der US-Luftwaffe für SDI ist. In der Studienanleitung wird unter Hinweis auf Jeremia 27 und 28 die Rolle heutiger Meinungsmacher mit den «Lügenpropheten» in Jerusalem um das Jahr 594 verglichen, die den Ernst der Lage und des göttlichen Gerichtes zu vertuschen versuchten. In derselben

Weise, wie Jeremia damals gegen diese falschen Propheten auftrat, wenden sich heute die methodistischen Bischöfe gegen dieses «Geflecht von Beeinflussung, durch das systematisch die Wahrheit über die Perspektiven des Friedens zerstört wird. Die Wahrheit selbst ist Opfer des Grosskapitals geworden. Nach intensivem durch Gebet und Bereitschaft zur Umkehr begleitetem Studium haben die Bischöfe versucht, Gottes wahrhaftige Botschaft für heute und hier zu erkennen. Dabei erheben sie keinen Anspruch auf endgültige und vollkommene Wahrheit. Aber wenn Jeremia heute noch etwas zu bedeuten hat, was wir glauben, dann kann die ganze Frage nicht durch eine Meinungsumfrage oder den Hinweis auf die wichtigsten ökonomischen Indikatoren erledigt werden. Das Reich Gottes ist weder eine Demokratie noch das Sitzungszimmer eines Grosskonzerns» (S. 19). Wie wahr! Und deshalb «regiert» in der Kirche, wenn sie wirklich Kirche ist, das Wort Gottes.

Was aber heisst konkret, unsere Situation im Lichte des Wortes Gottes zu sehen? Beispielsweise, dass Abschreckung nicht nur deshalb abgelehnt werden muss, weil sie auf der Ebene des Politischen und Militärischen nicht das erreicht, was sie als ihr Ziel vorgibt: Sie produziert statt grösserer Sicherheit wachsende Unsicherheit. Der Hirtenbrief beschreibt das Vertrauen auf die Abschreckungskonzeption als «*nuklearen Götzendienst*», weil Menschen sich damit «die Ausübung des letzten Gerichtes und die Macht zur Zerstörung anderer Nationen anmassen» (S. 46). «Unser Nein zum Nuklearkrieg und zur Anwendung nuklearer Waffen ist mehr als eine Sache ethischer Überlegung: es ist eine Absage an den nuklearen Götzendienst, der sich anmass, die Souveränität des Gottes des Friedens über alle Nationen und Völker zu usurpieren. Vergeltendes Gericht und Massenzerstörung sind eindeutig gegen den Willen Gottes und die

moralische Ordnung der Schöpfung» (S. 13).

Prophetisches Reden schneidet aber auch und vor allem ins eigene Fleisch. So ist es auffällig, dass in dem ganzen umfangreichen Dokument zwei Sachverhalte nur beiläufig erwähnt werden, die in der christlichen Friedensdiskussion in unseren Bereichen einen hohen Stellenwert haben. Hinsichtlich der *Kriegsdienstverweigerung* wird ein Satz aus der Erklärung der methodistischen Generalkonferenz von 1976 zitiert, in dem die Kirche ihre Unterstützung für alle diejenigen erklärt, «die aus Gewissensgründen die Vorbereitung für die Teilnahme an bestimmten oder allen Kriegen verweigern» (S. 32). Das wird besonders auf eine selektive Verweigerung bezogen, wobei der Vietnamkrieg als Beispiel genannt wird. In der Studienanleitung heisst es dann: «Die Bischöfe befürworten nicht den Pazifismus als eine Haltung, die von allen Christen eingenommen werden sollte, sie anerkennen und bestätigen aber seine Grundeinstellung gegen Krieg und Gewalt» (S. 7). Das bedeutet nicht eine Absage an die pazifistische Tradition innerhalb der methodistischen Kirche. Dahinter steht aber die Einsicht, dass ein Pazifismus, der unpolitisch bleibt und sich auf Verweigerung des Waffendienstes beschränkt, kaum zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen beitragen kann. «Wir glauben», so führen die Bischöfe aus, «dass die nukleare Krise fundamentale Fragen des Glaubens aufwirft, die weder von der pazifistischen Tradition noch von der Tradition des gerechten Krieges her angemessen beantwortet werden können» (S. 13). Man ruft die Glieder der Kirche auf, gemeinsam nach neuen Antworten zu suchen, da die heutige Problematik sich weder «bloss rationaler Kalkulation noch der begrenzten Sicht der privaten Gewissensüberzeugung» erschliesse. Was nötig sei, wäre eine «neue Theologie des gerechten Friedens» (S. 36), die das Wesentliche beider Tradi-

tionslinien aufnehmen und es gleichzeitig transzendieren würde.

Im Blick auf die *Menschenrechtsproblematik* ist der Tatbestand noch frappierender. Der Begriff kommt auch nur einmal vor, und zwar in dem folgenden Satz: «Die sowjetische Definition der Menschenrechte tendiert zur Betonung der ökonomischen und sozialen Sicherheit» (S. 63). Im Zusammenhang mit den USA wird einmal von Bürgerrechten gesprochen, und zwar in dem kritischen Hinweis auf «offizielle Bemühungen, die Bürgerrechts-Errungenschaften der letzten beiden Dekaden rückgängig zu machen» (S. 59). Dazu drei Bemerkungen: 1. Die methodistischen Bischöfe machen einige Einwände gegen die innere Struktur der Sowjetunion. Sie erwähnen einmal kritisch die Situation in Afghanistan. 2. Aber sie sind offensichtlich der Meinung, dass die USA im Blick auf die eigene innere Lage kaum legitimiert ist, international eine Menschenrechtsdiskussion zu entfachen. 3. Vor allem aber machen sie in ihrem Hirtenbrief nicht das kleinste Zugeständnis an jene unsachgemässe, häufig demagogische Verbindung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, die nur darauf abzielt, Fortschritte in Richtung Abrüstung und Entspannung zu verhindern. Demagogisch ist das deshalb, weil die Erfahrungen der letzten Jahre eindeutig erwiesen haben, dass es Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte immer nur dann gegeben hat, wenn die Tendenz zur weiteren Militarisierung gestoppt und die Entspannung vorangebracht wurden.

III. Ein Beispiel für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Die Studienanleitung nennt drei Ziele, die die Bischöfe mit der Verabschiedung des Grundlagendokumentes verfolgten. Sie wollten:

«1. eindeutig ihre Sicht der Probleme der nuklearen Krise und eines gerechten

Friedens formulieren,

2. eine umfassende und faire Diskussion dieser Probleme in der gesamten Kirche in Gang bringen, die auch die Möglichkeit zur Erörterung anderer Überzeugungen einschliesst,

3. alle, die sich Methodisten nennen, dringend aufrufen, für all das tätig zu werden, was der Friede erfordert» (S. 10).

Es geht den Verfassern also um die Einleitung eines umfassenden Diskussions- und Meinungsbildungsprozesses, der möglichst alle Gemeinden erfassen soll, damit alle Glieder der Kirche in die Lage kommen, in weltlich-politischen Zusammenhängen für den Frieden in der Welt zu wirken. Dies aber dürfte identisch sein mit dem, worum es in jenem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geht, der vom Ökumenischen Rat der Kirchen zur Vorbereitung auf eine *Weltkonferenz im Jahre 1990* angeregt wurde. Der methodistische Hirtenbrief ist ein exemplarischer Beitrag dazu, der eindeutig beim Frieden die Priorität setzt und der gleichzeitig unterstreicht, dass es in einem solchen Prozess um eine Verbindlichkeit geht, die sich aus dem «Bund des Friedens» ergibt, den Gott mit dem Volk des Alten Testaments geschlossen hat und der heute erneuert werden muss. Es wird dabei vor allem auf Jes. 54, 10 und Hes. 37, 26 verwiesen (S. 25). Solche Verbindlichkeit kann nur dort wachsen, wo man das Wort der Bibel als letzten Massstab für christliches Handeln ernst nimmt und wo man gemeinsam versucht, im Lichte dieses Wortes Handlungsanweisungen für unsere Situation zu gewinnen.

Der Hirtenbrief betont die spirituelle Seite dieses Prozesses, wenn er «Friedenstiften als heiligen Ruf des Evangeliums» beschreibt, der Christen zu «Evangelisten des Shalom» mache. Er sagt: «Friedenstiften ist letztlich eine geistliche Sache; es zwingt zu Umkehr von Geist und Herz. Das Gebet ist die

Rüstung des Geistes, das uns demütig macht und zugleich Kraft gibt, Instrumente des Friedens zu sein, der nicht unser eigener ist» (S. 20).

Mit dem gleichen Nachdruck unterstreicht der Hirtenbrief aber auch die *politische Seite christlichen Friedenswirkens*: «Friedenstiften ist unvermeidlich politisch. Eine der wichtigsten Aufgaben christlichen Friedenstiftens ist es, Menschen für das politische Amt zuzurüsten» (S. 88). Zwar haben Laien im Methodismus eine ungleich grössere Rolle gespielt als in anderen Denominationen. Trotzdem kritisiert der Hirtenbrief ihre ungenügende Durchschlagskraft – nicht so sehr hinsichtlich innerkirchlicher Verantwortlichkeiten, sondern was das «öffentliche christliche Zeugnis in den Bereichen der Arbeitswelt und der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung» betrifft (S. 87). Hier wird energisch Abhilfe verlangt: etwa durch kontinuierliche Studienarbeit oder durch Einrichtung eines Friedensarbeitskreises in jeder Gemeinde in der Tradition der von John Wesley begründeten «Klassversammlungen».

Der Hirtenbrief empfiehlt, das besondere Erbe der methodistischen Tradition unter dem Stichwort «*World Parish*» (*Weltgemeinde*) fruchtbar zu machen. Die methodistische Kirche hat sich von Anfang an nicht als Nationalkirche organisiert. «Die Welt ist mein Kirchenspiel», war einer der Grundsätze, nach denen Kirchengründer John Wesley arbeitete, so dass die Kirche sich in einer multinationalen Struktur entwickelte. Das, so meinen die Verfasser, mache sie besonders geeignet, das um des Friedens willen notwendige Miteinander aller Menschen und Völker zu fördern. Von daher schenkt die Kirche der Unterstützung der UNO grosse Aufmerksamkeit, wovon auch einige Passagen des Briefes zeugen.

Die Bischöfe wissen, dass der Friede auf Erden nicht vom Himmel fällt, sondern dass «selbst eine nur teilweise Ver-

wirklichung unserer Vision von einer gerechten und friedlichen Weltgemeinschaft einen langanhaltenden harten Kampf erfordert» (S. 74). Dazu wollen sie Mut machen. Dabei stellen sie dankbar fest, dass Schritte dahin schon getan

sind: «Die Kirche Jesu Christi ist gesegnet mit neuen Schwärmen von Friedensstiftern auf allen Erdteilen» (S. 10). Wieviele Bischöfe anderer Kirchen können einen solchen Satz mitsprechen?

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Wer distanziert sich vom Rechtsstaat?

Die «Lehren aus dem neusten ‚Fall Boldern‘», die ich im Januarheft als «Zeichen der Zeit» veröffentlicht habe, sind nicht überall auf dasselbe Wohlwollen gestossen, das vielen Zuschriften von seiten unserer Leserinnen und Leser zu entnehmen war. K.M. (Kurt Müller), Inlandredaktor der NZZ, rubriziert mich in seinem Blatt (7./8. Februar 1987) unter die Spezies der «hemmungslos-wehleidigen Kritiker». Meine Kritik an einem Rechtsbürgertum, das nicht bereit ist, seine ideologische Schützenhilfe für den Staatsterrorismus der westlichen Supermacht «von Vietnam bis Nicaragua» zu überdenken, wird von K.M. als «Giftspritze» eines «linken ideologischen Eiferers» kommentiert. Und schon folgt die Reaktion, die ich als «Ablenkungs-Inquisition» bezeichnet habe: Wer hier von «Staatsterrorismus» spricht, der distanziert sich vom «Rechtsstaat». Denn erstens gibt es diesen Staatsterrorismus nicht, weil zweitens jede Gewalt, die von einer westlichen Demokratie ausgeht, rechtsstaatlich in Ordnung ist. Wer gar aus diesem Staatsterrorismus den Terrorismus von unten erklärt (nicht rechtfertigt!), der muss geistig kopfstehen. Für K.M. immerhin ein Thema mit Weiterungen: «Man könnte diesen geistigen Kopfstand mit einem ironischen Kopfschütteln abtun, wenn er nicht die extre-

me Spitze eines Eisbergs wäre, auf dem zahlreiche linke Intellektuelle *auf innere Distanz zum liberalen Rechtsstaat* in seiner realen Existenz in der Schweiz und auch in der Bundesrepublik Deutschland gegangen sind. Ausgangspunkt sind dabei vielfach unterschiedliche Auffassungen zu konkreten politischen Fragen wie etwa zur Asylpolitik, zu Nicaragua oder zu Südafrika, aber im Kern wird *die bürgerliche Grundhaltung* anvisiert.»

Es ist für das vornehme Blatt an der Falkenstrasse doch eher aussergewöhnlich, dass einer seiner Chefredaktoren diesem Jargon verfällt und zusammen mit der Contenance auch noch die Klarheit des Gedankens verliert. Der ganze Artikel gerät zum Rundumschlag gegen sämtliche Reizwörter, die K.M. zur Zeit geistige Verdauungsbeschwerden bereiten, vom «Staatsterrorismus» über den «anwaltschaftlichen Journalismus» bis zur «Postmoderne». Ich beschränke mich auf den von K.M. erhobenen Vorwurf der «inneren Distanz» linker Intellektueller «zum liberalen Rechtsstaat», weil darin ein Verständnis von «Rechtsstaat» sich ausdrückt, das mit der ursprünglichen, der herrschaftskritischen Funktion des Begriffs nichts mehr zu tun hat. Ich sage das ohne polemische Absicht, aber in Sorge um die politische Kultur in unserem Land, zumal das